

2 Demokratie/Autoritarismus-, Rentierstaatsforschungs- und Neopatrimonialismusdebatten im Überblick

In den folgenden Abschnitten werden die aktuellen Debatten in der Transformationsforschung in Hinblick auf die postsowjetischen Staaten angeführt. Die Illustration der Theoriestränge soll dazu dienen, einige bereits bestehende Forschungsergebnisse, sowohl mit ihren generalisierenden Annahmen, als auch in ihren empirischen Befunden zu skizzieren und die jeweiligen Forschungslücken aufzuzeigen. Die Skizze setzt durch den Überblick auf die empirischen Studien und Theoriebeiträge der Rentierstaatsforschung und des Neopatrimonialismus fort. Diese Theoriebeiträge trafen Aussagen über die Transformationsergebnisse und die Typenbildungen.¹ Zur Skizze der Autoritarismusforschung gehört eine kurze chronologische Einführung in die Entwicklung der Transformationsforschung bis zu dem Stand, der den linearen Weg von der Demokratisierungsthese, hin zur Erforschung der autoritären Herrschaft (*Renaissance des Autoritarismus*) eingeschlagen hat.

Die hiermit verbundene Absicht ist es, den Forschungsbedarf zu lokalisieren, einige der offenen Themen zu vertiefen. Gleichzeitig wird sich um die Verortung meiner Analyse in der theoretischen Diskussion bemüht, indem sie auch für die Erforschung der politischen Herrschaften, Regime und Transformationsprozesse einen Erkenntnisgewinn darstellen soll.

1 Schiek (2013), S. 24.

2.1 POSTSOWJETISCHE TRANSFORMATIONSFORSCHUNG

Stellvertretend für den *mainstream* der Transformationsforschung wurde der *Transition to Democracy* Ansatz, der basierend auf westlichen Demokratiemodellen die Systemanalyse betreibt, mit anderen Worten, das Handeln der entscheidenden Akteure in einem verkürzten Untersuchungszeitraum erforscht.² Diesem Ansatz liegt die Regimeklassifizierung entsprechend der Erkenntnisse aus dem erforschten postsowjetischen Raum zugrunde.³ Nach dem nicht erwartungsgemäßen Transformationsverlauf kam die Erkenntnis, dass die Demokratisierungsprozesse, so wie sie modellhaft vorprogrammiert waren, nicht korrekt prognostiziert wurden.⁴ Die vorzeitigen Schlüsse über die allgemeingültigen Abfolgen der Demokratisierungsprozesse falsifizierten sich. Carothers identifizierte die sich in der „Grauzone“ befindlichen Staaten, denen keine Garantie hin zur funktionsfähigen Demokratie bescheinigt werden konnte.⁵ Somit wurden die anfangs als sicher und allgemeingültig postulierten Thesen mit Bedacht auf ihre invertierten Resultate relativiert.

Für die zum Teil regressiven Ausgänge der Transformationsprozesse im postsowjetischen Raum wurde die Erblast der Sowjetunion als Erklärungsgrund herangezogen; die Nachwirkung der inhärenten undemokratischen Schwerlast des *ancien regime* wurde hierbei als primärer Grund für das Demokratisierungsscheitern erörtert. Für Linz und Stepan war demgemäß der leninistische und stalinistische Totalitarismus in der UdSSR das Produkt einer endemischen Ideologie, während sie nach Zentral- und Osteuropa von außen importiert wurde.⁶ Demzufolge fiel die Erlebenszeit des Totalitarismus in Mittel- und Osteuropa um 35 Jahre kürzer aus, während die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sich ungefähr 30-40 Jahre dem Stalin-Terror ausgesetzt sahen.⁷ Ferner waren laut dieser Argumentation die Traditionen der demokratischen Kultur in der Sowjetunion ausgestorben und die Organisationen der privaten Wirtschaft und liberalen Gesellschaft stark von der sowjetischen Parteimachinerie absorbiert worden, sodass sich in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Zivilgesellschaft nicht schnell regenerieren konnte.⁸ Eine solche Argumentati-

2 Segert (2013), S. 152.

3 Vgl. Nohlen (2009).

4 Hensell (2009), S. 25. Die Irrtümer der Transitologen fasst Carothers mit folgenden Punkten in seinem bekannten „The End of the Transition Paradigm“ Artikel zusammen. Carothers (2002), S. 6 ff.

5 Carothers (2012), S. 8.

6 Linz/Stepan (1996), S. 377.

7 Ebenda, S. 375.

8 Ebenda, S. 376-377.

onslinie baut im Grunde auf naiv ermittelten Annahmen auf, denen der Ausgangspunkt der Sowjetnachfolgestaaten zum analytischen Schwerpunkt wurde, wobei der Eigenständigkeit des Transformationsprozesses wenig Beachtung geschenkt wird.

Hier wäre angesichts der Unterschiede der soziokulturellen und politischen Umwandlungen innerhalb der Sowjetunion Bedenken ratsam. Gasimov verweist z.B. auf die heterogenen Entwicklungen der Republiken im als homogen angesehenen „postsowjetischen“ Raum, welche aufgrund ihrer unterschiedlichen kulturhistorischen Erfahrungen und der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kulturkreisen, die Einflüsse des sowjetischen Zentrums unterschiedlich empfanden. Die Zivilgesellschaften in diesen Staaten befanden sich in unterschiedlichen Stadien, wodurch wiederum die Erklärung gerechtfertigt erscheint, dass die Demokratisierungen im gesamten postsowjetischen Raum voneinander abweichen.⁹

Die erste Forschungsarbeit bezüglich des Südkaukasus blieb ebenfalls am schweren Erbe der Sowjetunion hängen. Mit der Verallgemeinerung der südkaukasischen Entwicklungen aus den Hinterlassenschaften der Sowjetunion heraus, geht Rondeli an die Staatsbildungsprozesse im Südkaukasus heran. So sei es für ihn sonst nicht erklärbar, wie drei von Grund auf unterschiedliche Republiken (bezüglich „der geostrategischen Lage, der ethnischen Komposition, der unterschiedlichen Ressourcenausstattung“¹⁰) in ähnlichen Staatsmodellen resultierten. Er nennt drei primäre Effekte des sowjetischen Erbes: 1) das sowjetische autoritäre System hinterließ eine Zivilgesellschaft mit Schwächen. 2) der Staat, insbesondere zu seinem Ende hin, wurde zum fremden und künstlich geschaffenen Gebilde, dessen Legitimität in den drei Kaukasusrepubliken in Frage gestellt wurde. 3) die politische Patronage, die in der Sowjetunion die Zugangschancen in die oberen Regionen der Hierarchie verschaffte, blieb in der postsowjetischen Zeit erhalten und verhinderte somit die Bildung demokratischer Institutionen.¹¹

Unter der Berücksichtigung, dass in der Sowjetunion Scheinwahlen weitläufig praktiziert wurden, wurde mit dem Ende des totalitären Staatssystems die Rolle der Wahlen als Schlüssel zur Bildung und danach der Wiederbelebung demokratischer Verfahren und Regierungsbildung angesehen. So wurde in der Transformationsforschung das minimale Kriterium eines demokratischen Wandels aufgestellt. Konzentriert wurde sich hierbei besonders auf Wahlverfahren und deren Ergebnisse.¹² Inzwischen hat diese Auffassung an Boden verloren, da sich die demokratisch ge-

9 Gleichzeitig betont Gasimov auch Homogenisierungseffekte, aufgrund der Bildung der herrschenden Elite, wonach auch die Parallelen der Herrschaftsführung in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion zu erklären wären. Gasimov (2011), S. 161 und 186-187.

10 Rondeli (2004), S. 115.

11 Ebenda, S. 108.

12 Beichelt (2002), S. 185; Gebauer (2011), S. 16.

wählten Regime nicht als resistent gegen die Eitelkeiten der autoritären Herrscher erwiesen hatten. Die Wahlmanipulation durch eine scheinheilige Anpassung an demokratische Wahlverfahren als ein Instrument zur Machtkonsolidierung markiert die Gegeneffekte, wobei die Wahlen dahingehend umfunktioniert wurden, die Bevölkerungseinstellungen zum bestehenden autoritären Regime zu erkunden.¹³ Der aktuellen Auffassung folgend, bieten die Wahlen den autoritären Regimen das, was auch anhand einiger Darstellungen der politischen Strukturen in dieser Arbeit gezeigt wird: die Möglichkeit zur Patronage, zur Erneuerung der Regimekoalition und Konflikteinhegung innerhalb der eigenen Machtbasis.¹⁴ Die Wahlbeobachtung im Beisein der internationalen Organisationen bildet des Öfteren im undemokratischen GUS-Raum die Folie zur erfolgreichen Zurschaustellung. Dies wurde in den selbst relativ demokratischen Staaten des postsowjetischen Raums, wie in Georgien und Armenien, während den Wahlen von 2008 unter Beweis gestellt, wobei die Regierungseliten durch den Druck auf die Medien das erwünschte Wahlergebnis beförderten und mit einer international tolerierbaren Zahl von 53 Prozent ihre Wahlkonkurrenten schlugen.¹⁵

2.1.1 Verminderte Subtypen

Neben der Erforschung der Einzelheiten der Transformationen und der Erforschung der Grundelemente der politischen Institutionengebilde ging der Trend hin zum Typologisieren und zur Kategorisierung der etablierten Regime. Formeln wie *Demokratie plus Adjektiv*,¹⁶ – defekte Demokratien oder hybride Regime – wurden als Analysekonzepte debattiert. Jene Regimetypen sind in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie einzuordnen. Hierbei wird von Systemen gesprochen, denen zwar die demokratischen Prozeduren (wie beispielsweise Wahlen und Parteien) attestiert werden, bei denen jedoch die Implementierungsseite der Institutionenbildung von den autoritären Praktiken geprägt bleibt. O'Donnell macht anschaulich, welcher Tricks sich die regierenden Eliten bemächtigen, um einem möglichen Machtverlust zu entgehen. Die Staatsmächte schützen ihren Prestigewert eben dadurch, dass sie den Schein demokratischer und fairer Wahlen erwecken, in denen sie ohnehin als „Gewinner“ den Sieg davontragen, da gerade in der Wahlperiode und in der Zeit davor die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und das Interesse

13 Stykow (2012), S. 254.

14 Bank (2010), S. 17.

15 *Voices from Afar: Freetocracy* *Voices from Afar: Freetocracy*, National Interest 28.03.2008.

16 Vgl. Collier/Levitsky (1997).

der Massen am Wahlausgang am höchsten sind.¹⁷ Geddes betrachtet diese Konstellation aus einem anderen Blickwinkel: als „Dilemmata der Politiker“ (Politician’s Dilemma), insofern, dass sich die Regierungsführungen vor ein Dilemma gestellt sehen; entweder die Ressourcen zum Ankurbeln der ökonomischen Entwicklung nutzen und die Demokratie zu institutionalisieren oder aber die Ressourcen zum eigenen Machterhalt und zur Wiederwahl abzusichern.¹⁸

Der anfangs vorausgesetzte Übergangscharakter der hybriden Regime wurde bald als These verworfen.¹⁹ So wird ein weiterer Ansatz, der des „wettbewerbsfähigen Autoritarismus“ (*competitive authoritarianism*), für die besagten Staaten formuliert, in denen die Demokratisierungschance mit Hilfe des formal-demokratischen Wettbewerbs potentiell nicht ausgeschlossen ist, in häufigen Fällen aber der Wahlsieg für den autokratischen Amtsinhaber ausfällt, der diese Mechanismen manipulativ für sich ausnutzt.²⁰ Im Gegensatz von der gänzlich autoritären Herrschaft ist hiermit von einer verminderten Form des Autoritarismus die Rede: beim ersteren komme nämlich gar kein Wettkampf vor.²¹ Die autoritäre Seite des wettbewerbsfähigen Autoritarismus drückt sich im systematischen Versuch des Regimes aus, ungleiche Verhältnisse und ungleiche Voraussetzungen für die Opposition zu schaffen und ihren Spielraum eng zu halten.²² Die Möglichkeiten zur Machterhaltung bleiben dabei durch Wahlen, Parlament, Justiz und Medien möglich.²³

Eine andere Analyse bringt die Hybridisierung der Regimeentwicklung in den Transformationsländern mit dem Konzept des Semi-Autoritarismus auf den Begriff.²⁴ *Semiautoritäre Systeme* kombinieren die Elemente der liberalen Demokratie, die formal-demokratischen Institutionen und den Respekt für die uneingeschränkte Form der bürgerlichen und politischen Freiheiten, behalten aber die „illiberalen autoritären Züge“ bei.²⁵ Der freie Wettbewerb räumt dabei einen gewissen Spielraum für die Aktivität der Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, wobei die Unabhängigkeit der Medien und die Freiheit des politischen Debattierens zu einem bestimmten Grad erlaubt werden. Insofern erwecken die semiautoritären Regime den Anschein, dass sie sich in Richtung Demokratisierung bewegen, in der Tat aber bilden sich diese politischen Ordnungen den demokratischen Effekten gegen-

17 Vgl. O’Donnell (1993).

18 Vgl. Geddes (1994).

19 Stykow (2007), S. 58-59.

20 Way/Levitsky (2002), S. 52-53.

21 Ebenda, S. 52, Siehe auch: Linz (2000), S. 34.

22 Way/Levitsky (2002), S. 53.

23 Ebenda, S. 54.

24 Vgl. Ottaway (2003).

25 Ebenda, S. 3.

über als resistent aus.²⁶ Somit handelt es sich bei dieser Art des Regimes nicht um gescheiterte Demokratien, sondern sie erweisen sich unter Umständen als konstant entwickelte Eigenform.²⁷

Die Kritik an dem Ansatz von „verminderten Subtypen“ sieht es als vergeblichen Versuch an, typologische Schöpfungen zu kreieren, die dann in dichotomischer Weise voneinander abgegrenzt werden. Die Frage stellt sich, ob es ergiebig ist, verminderte Subtypen politischer Regime zu entwickeln, wobei der heuristische Nutzen von neuen Konzeptbildungen als gering angesehen wird, denn der Erkenntnisserwerb wird dadurch zu einem gewissen Grade behindert.²⁸ Zwar offenbaren sich durch die dargestellten Typen die Ähnlichkeiten mit dem Regime wie dem aserbaidzischen, es werden dadurch aber in keiner Weise die internen Zusammenhänge der manipulativen Machttechniken der autokratischen Herrschaft angesprochen. Auch erscheinen die aufgestellten Kriterien des *competitive authoritarianism* für Aserbaidschan als zeitlich unpassend; weder parteilich, noch durch das Parlament, noch in den Medien erreicht die Stimme der Opposition – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang die Bevölkerung. Solche Regime bedienen Furman zufolge die Elemente und Praktiken politischer Herrschaft, in denen sich hinter einer demokratischen Fassade die Alleinmacht konzentriert findet. Furman nennt diesen Charakterzug „Imitation der Demokratie“.²⁹

Der neueste Stand der Transformationsforschung liefert einen pessimistischen Ausblick, was die Machbarkeit der Demokratisierung anbetrifft. Zusätzlich konstatiert die Forschung eine *Renaissance der Autokratie*. Die Argumente beruhen auf den jüngsten Entwicklungen, wobei anerkannt wird, dass sich die Möglichkeiten verringert haben, die wenigen verbliebenen Kandidaten für den demokratischen Aufbau anzuwerben. Zu den hemmenden Faktoren der Demokratisierung zählt schließlich der wachsende außenpolitische Einfluss der autoritär geführten Staaten, den sie dem Demokratieexport zwecks eigenem Regimeerhalt entgegenhalten, unter ihnen die ölfördernden Staaten wie Saudi Arabien, Russland, nicht zuletzt China, wobei China den Autoritarismus mit einer relativ wettbewerbsfähigen Wirtschaft kombinieren konnte.³⁰ Diese Konstellation der Weltwirtschaft lässt auch in Aserbaidschan viele an die Möglichkeit einer guten wirtschaftlichen Entwicklung auf dem autoritären Wege glauben.

26 Ebenda, S. 5 f.

27 Ottaway (2003), S. 9.

28 Köllner (2008), S. 354.

29 Furman (2007), S. 235.

30 Plattner (2014), S. 14-15.

2.1.2 Neue Demokratisierungswelle durch „farbige Revolutionen“

Mit den Regimewechseln, die als „farbige Revolutionen“ bezeichnet wurden, stürzte sich die Region der GUS-Staaten in die Erneuerungswelle der politischen Strukturen und gesellschaftlicher Mobilisierung.³¹ Die Demokratieforschung musste ihre Ansätze durch eine Reflexion der Ereignisse in der erforschten Region ausdifferenzieren und machte neue Fragen und Themenbereiche zu ihrem Schwerpunkt. Die Periode um die Wahlen, als sich die Machtfrage stellte, ermöglichte die Koppelung der Bemühungen transnationaler Demokratieförderer, der Bevölkerung und der Opposition, um den Umsturz der autoritären Regime herbeizuführen. Die Wahlfälschung wurde als Auslöser des öffentlichen Protestes und als Initialzündung der kollektiven und konzentrierten Aktionen erklärt, die auf das Ziel der Machtveränderung hinausliefen.³²

Die Ausbreitung der Demokratisierungswelle in andere Länder, darunter nach Aserbaidschan, wurde jedoch nach den Ereignissen im usbekischen Andijan im Jahr 2005 im Keim erstickt. Der Geburtshelfer und Politiker der Rosenrevolution Saakaschwili entpuppte sich als autoritärer Herrscher, mit der Ambition, lediglich die Macht seiner Partei zu stärken und die Dauer seiner eigenen Herrschaft zu sichern. Seine Haltung gegenüber der Opposition in Georgien überstieg die Erwartungen an ihn, die dem im Westen ausgebildeten Demokraten arglos zuerkannt wurden.³³ In Kirgisistan, wo 2005 die Tulpenrevolution triumphierte, wurde der ehemalige Gouverneur und Premierminister Bakiyev an die Macht katapultiert. Der neue Präsident wandte sich aber autoritären Mitteln und dem Nepotismus in der Kaderpolitik zu, ließ das unbotmäßige Parlament neu wählen und stärkte durch Verfassungsänderungen die Macht des Präsidenten.³⁴ Bakiyev wurde im April 2010 infolge eines Aufstands entmachtet.³⁵

31 McFaul nannte die farbigen Revolutionen die „zweite Welle der Demokratisierung in der postkommunistischen Welt“, wobei sich der Erfolg der regimegegnerischen Kräfte als ausschlaggebender Faktor für die Bezeichnung als Revolution ergibt. Positive Ergebnisse wurden in Serbien, Georgien, Kirgisistan und in der Ukraine verzeichnet. McFaul (2005), S. 8.

32 Bunce/Wolchik (2011), S. 271-276.

33 *Wie in Georgien Staat gemacht wird. Die Westorientierung der Rosenrevolutionäre bedeutet noch keine Demokratie*, Le Monde diplomatique 13.07.2007.

34 *Kyrgyzstan: President Strives to Finish Off Political Opponents*, Eurasianet 22.10.2007; *Soveščatel'naja demokratija Kurmanbeka Bakieva. Prezident Kirgizii pochože uže zadumalsja o „naslednike po prjamoj“*, Nezavizimaja Gazeta 26.03.2010.

35 Bakiyevs letzter Akt zur Stärkung der präsidentiellen Administration vor seinem politischen Ende lag in der Errichtung eines Präsidentenrates zur Rückendeckung des Präsi-

Die Spontanität des Regimewechsels im ehemaligen Sowjetraum brachte unter den Demokratieforschern eine Spaltung hervor. Stykow zufolge verlief die Spaltungslinie zwischen zwei Argumentationspolen entlang. Dem einen Pol zufolge sollte die „elektorale Revolution“ als Durchbruch in die Demokratie angesehen werden. Demzufolge bestehen die Endstadien entweder im Systemwechsel oder in der Reproduktion des früheren Regimes (*ancien regime*), wenn der liberalen Opposition die Wahlbeteiligung bzw. die Zulassung zum Entscheidungskampf gewährt wird.³⁶ Bemängelt wird an diesem Ansatz, dass er den Regierungskräften antiliberal und undemokratisch, der Opposition aber liberal-demokratische Eigenschaften attestiere und somit normativ vorbelastet sei.³⁷ Dem Demokratieoptimismus wurde vorgeworfen, durch seine Fokussierung auf Endzieltrajektorien wie „Demokratie“, „Autokratie“ oder „hybride Regime“ jegliche kurzzeitige politische Entwicklung als langwieriges Erfolgsszenario zu interpretieren.

Dem zweiten Pol zufolge markierten zwar die Regimewechsel im postsowjetischen Raum die Krise der politischen Stabilität, resultierten jedoch in der Reproduktion des Vorgängerregimes. Stykow nennt ihn den „revisionistischen Ansatz“.³⁸ Im Allgemeinen leitet sich von diesem revisionistischen Ansatz die Schlussfolgerung ab, dass die Regime in postsowjetischen Ländern bereits als beständige Institutionen und Strukturen zu bewerten sind und sich nicht in einer ideologisch ablösenden Wandlungsphase befinden.³⁹ So bezeichnen die farbigen Revolutionen den Start eines intra-elitären Wettkampfs, der nicht explizit einen Wandel des Regimes hervorbrachte.⁴⁰ Diese Position fand ihren Niederschlag im Konzept von *patronal presidentialism*, demzufolge in den von den farbigen Revolutionen betroffenen Ländern situationsbedingt durch Elitewettstreit und Elitekonsolidierung die bestehende

alkabinetts, der ihm die Nachfolgerschaft garantieren sollte, was für ihn aber mit der Verbannung ins Ausland endete. In der Ukraine gewann der für undemokratisch gehaltene Kandidat Yanukovych die Präsidentschaftswahlen 2010 auf faire und demokratische Weise.

36 Stykow (2010b), S. 139.

37 Ebenda, S. 141.

38 Stykow (2010b), S. 145. Lane weist auf die „journalistische“ und stark normative Auffassung der Orangen Revolution hin und konzeptualisiert sie als „revolutionärer Umsturz“. Lane (2008), S. 526. Die farbigen Revolutionen zeichneten sich in hohem Maße durch Elitepartizipation, hohe Massenbeteiligung, die als Audienz hervortrat, aus. Das Ergebnis dieser Revolution konstatiert Lane nicht als Wiederherstellung einer neuen politischen Klasse oder als sozioökonomische Veränderung von Eigentumsverhältnissen, sondern als Elitewechsel. Ebenda, S. 529.

39 Vgl. Fisun (2004); Hensell (2009); Isaacs (2010).

40 Hale (2005a), S. 1.

Ordnung (neu) hergestellt wurde. Das Szenario kann folgendermaßen dargestellt werden: Während der Wahlperiode entsteht hinsichtlich der Regimenachfolge im patronalen Präsidentialismus eine Gefahren- oder Unsicherheitssituation, da die Eliten in dieser Phase um die Macht ringen. Die Spitze der Macht findet sich in einem Zustand vergleichbar mit der „lame duck“- Metapher, so dass eine Fortsetzung des Regimes unvorhersehbar wird. Hat man sich jedoch auf einen neuen Machthaber für die Position des Präsidenten geeinigt, startet der nächste Zyklus des autoritären Regimes.⁴¹ Der patronale Präsidentialismus weist die Merkmale einer starken Präsidentschaft auf, wobei sich die informale Herrschaft des Präsidenten durch Patron-Klient-Beziehungen zementiert.

Durch die Dominanz des Demokratisierungsparadigmas in der Transformationsforschung kam es dazu, dass die bisherigen Analysebemühungen vor allem auf die tendenziöse Klassifikation der Regime, ihre Typologisierung abzielten und somit der Transformationsverlauf durch ein normatives Deutungskonzept erfasst wurde. In der themenbezogenen Debatte zur Herrschaft prävalieren die Regimevergleichsanalysen, wobei die konkreten Funktionen der politischen Institutionen, die Herrschaftsbasis in der Gesellschaft und die Arbeitsweise in der Bürokratie dem Forschungsblick entgehen. Die Institutionszentriertheit und die „Konzentration auf zentrale Entscheidungsgremien und -prozesse“ der bisherigen Analysen kann an dieser Stelle bemängelt werden.⁴² Dadurch wird das Herrschaftsverständnis sehr häufig und weit in die Machtzentren verlagert. Die Mikroebene der politischen Herrschaftsausübung geht wegen der Vielzahl der institutionellen Ansätze in diesem Generalisierungsstrang unter.

Dies geschah beispielsweise in der negativen Definition von autoritärer Herrschaft, wobei die Autokratie als Gegenbeispiel der Demokratie angenommen wurde. Diese analytische Position beschränkte die Einblicke in die inneren Mechanismen der politischen Ordnung und lenkte den Blick von den wichtigen Instrumenten und Kernfunktionen der Staatsherrschaft ab.⁴³ Die Frage nach dem Regimetypus erweist sich, obwohl allgemein forschungsrelevant, als nebensächlich für die vorliegende Arbeit, wobei hier zunächst die Herrschaftsverhältnisse in Augenschein genommen werden. Ebenso wird es als kardinales Problem der Transformationsforschung angesehen, dass durch die Kritik an der teleologisch orientierten Demokratisierungsthese kein eindeutiger Bruch aufkam, sondern eine Umdrehung der For-

41 Hale (2005b), S. 139.

42 Bank (2009), S. 13; Hensell (2009), S. 25.

43 Bank (2009), S. 33.

schungsfrage.⁴⁴ Erkennbar werden auch die Grenzen der Autoritarismusforschung in ihren Erklärungsmöglichkeiten für die politische Stabilität der autoritären Herrschaften.

2.2 „ÖL ALS DEMOKRATIEHINDERNIS“-ANSATZ

Im Kontext der ökonomischen Stabilisierungsgrundlage der autoritären Regime wird die Frage der Rentierstaatlichkeit abgehandelt, da oft das Ressourcenreichtum als bedeutender Faktor für die Autokratisierung der Herrschaft angesehen wird. Das Modell der Rentierstaatlichkeit hat seinen Weg in die politische Wissenschaft in den 60er Jahren durch die Arbeiten von Hossein Mahdavy im Zusammenhang mit der Dekolonisierung der Dritten Welt und des Mittleren Ostens gefunden. Die empirische Plausibilität eines Rentierstaats hat sich bewährt, in welcher Mahdavy die „rohstoffliche Knechtschaft“ der Entwicklungsländer als Folge der vorwiegenden Abhängigkeit von externen Einkommen begründete und die Ökonomie des orientalischen Staates als Sondertypus konzeptualisierte.⁴⁵ In der Rentierstaatsforschung wird von Rentierstaaten gesprochen, wenn die Staatseinkommen mehr als 40 Prozent durch den Export von Erdöl oder Ressourcen ähnlicher Art bestritten werden. Als charakteristisch für die Rentierstaaten gilt, dass die Einkommen des Staates nicht aufgrund eigener wirtschaftlicher Einsätze erworben werden. Dabei können die Renten den staatlichen Machthabern durch die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschaftskräften, als Gegenleistung in verschiedenen Formen, wie Entwicklungshilfe, militärische Hilfe für Konfrontationsländer oder finanzielle Beiträge als Unterstützung spezieller politischer Orientierungen zukommen.⁴⁶

Die autokratische Herrschaft ist durch eine Freigiebigkeit der Staatsausgaben in ständigen Legitimationsversuchen begriffen, den Wohlfahrtvorstellungen ihrer Bürger gerecht zu werden.⁴⁷ Dies führt dazu, dass bei der Rentenverteilung darauf geachtet wird, legitimitätsstärkende Auswirkungen zu erzielen.⁴⁸ Unter diesem thematischen Schwerpunkt wird argumentiert, dass die Strategie der ölfördernden autoritären Staaten darin begründet liegt, mit ihren Finanzen nicht an die inländische wirtschaftliche Produktion gebunden zu sein, sondern ihre Einnahmen aus dem

44 Ebenda, S. 34.

45 Mahdavy (1970), S. 428.

46 Schmid (1997), S. 42 und 29.

47 Gerschewski (2010), S. 48.

48 Bank (2009), S. 20.

weniger bis gar nicht besteuerten Ausland zu beziehen. Dem Staat wird somit der Freiraum geboten, den Regimewandel zu überstehen.⁴⁹

Beim Rentierstaat-Ansatz richtet sich das Hauptaugenmerk auf die Abhängigkeit des Staates von Rohstoffeinnahmen (auch bekannt als „Ressourcenfluch“⁵⁰), die auf die politische Entscheidungsfindung selbstverständlich nicht ohne Wirkung bleibt.⁵¹ In erster Linie wurde das Modell des Rentierstaats aus der Perspektive des Hindernisses zur Demokratisierung erörtert, bevor es als Stabilisierungsanker der Autokratien in Betracht gezogen wurde. In den klassischen Rentierstaatstheorien wurde eine längere Zeit der Ansatz *Öl als Demokratiehindernis* unkritisch angenommen. Durch mannigfaltige Studien und aufgrund der Resultate aus der Praxis des heutigen politischen Alltags ist auch am Beispiel von Aserbaidschan nachweisbar, dass die Rentierstaatlichkeit einen Negativbeitrag zur Errichtung von demokratischen Institutionen leistet.⁵² Speziell wird im Folgenden auf die relevanten Forschungsarbeiten zu Aserbaidschan eingegangen und schließlich auf die Schwachstellen dieser Theorie.

Unter dem Aspekt des Ressourcenfluchs ist es angebracht, die Grundannahmen des Rentierstaatsmodells, die Kausalmechanismen zwischen dem Ressourcenreichtum und dem Regimetypus auf der einen Seite, sowie die Demokratie unterminierenden Auswirkungen der Ressourceneinnahmen auf der anderen Seite zu konkretisieren, wobei zu betonen ist, dass es sich um die unmittelbaren Auswirkungen der Öleinkommen handelt. Eine aktuelle Übersicht wurde von Basedau in Anlehnung an den Artikel von Ross *Does Oil Hinder Democracy?* zur Erläuterung der beeinträchtigenden Konstante des Ölreichtums präsentiert. Dies soll hier als Vorlage zum Erfassen des Rentierstaats dienen.

Erstens spricht Basedau von dem die Modernisierung verhindernden Effekt eines Rentierstaates. Dies zeigt sich vor allem durch die parasitäre Veranlagung der Rentierstaatlichkeit, die ihre Staatsbürger nicht zu ökonomischen Wesen, das heißt, zur effizienten und günstigen Herstellung der Güter „erzieht“. Vielmehr trägt sie dazu bei, dass die Konsolidierung der gesellschaftlichen Kräfte im Sinne der Technologisierung und Industrialisierung nicht vorankommen und die Selbstverwirkli-

49 Vgl. De Mesquita/Smith (2010).

50 Beim Ressourcenfluch wird vor allem auf die ökonomischen Konsequenzen einer Ressourcenabhängigkeit verwiesen, wie Preisschocks, Inflationen und Währungsabwertungen, die Störung anderer Export- und Wirtschaftssektoren sowie eine sorglose Ausgabenpolitik. Vgl. Sachs/Warner (1995), zit. nach Basedau (2010), S. 89.

51 Vgl. Ross (2001).

52 *Central Asia: Western Democracies Enable „Petro-Authoritarianism“*, Eurasianet.org 27.06.2008, *Azerbaijan Oil. A Mixed Blessing*, Christian Science Monitor 30.12.2005.

chung des Individuums gezwungen wird, ein Schattendasein zu führen.⁵³ Somit werden die Entwicklungen verpasst, die eine Demokratisierung in der langfristigen Perspektive begünstigen würden.⁵⁴ Unter dem ökonomischen Negativeffekt des Zuflusses an Petro-Dollar werden die Inflation, ein steigender Wechselkurs der heimischen Währung und eine Verhinderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie festgestellt.⁵⁵

Der nächste Bezugspunkt, was die demokratiehemmenden Faktoren des Rentierstaates angeht, liegt beim „Steuerungseffekt“ (*taxation effect*).⁵⁶ Unter den Bedingungen einer nichtproduktiven Wirtschaft im Sinne des Rentierstaats wird angenommen, dass sich die politische Führung nicht gezwungen fühlt bzw. nicht interessiert zeigt, eine richtige und angemessene Besteuerungspolitik zu betreiben. Und da die Besteuerung nicht geschieht, ist die Bevölkerung nicht daran interessiert, am politischen Prozess aktiv mitzuwirken. Mit anderen Worten, die Beziehung zwischen der Besteuerung und der Legitimation wird abgebrochen.⁵⁷ Auf indirektem Wege können die natürlichen Ressourcen die Institutionen negativ beeinflussen, indem sie keine Anreize für Reformen, eine Verbesserung der Infrastruktur und eine gut funktionierende Steuerbürokratie schaffen. Das direkte Ergebnis wäre dann beispielsweise der Kampf um Ressourcen, was sich als direkter Effekt auf die Politik ergibt.⁵⁸ Wenn die Regierenden hinreichende Einkommen vom Verkauf des Öls beziehen und deshalb ungern die Bevölkerung mit Steuern belegen, wird die Öffentlichkeit im Gegenzug die Regierenden nicht zur Rechenschaft ziehen und auf ihre Repräsentationsrechte bestehen wollen (*no representation without taxation*).⁵⁹

Die Apathie der Bevölkerung zu politischen Belangen stammt des Weiteren vom sogenannten Rentiereffekt, den Basedau aufgreift. Die Regierenden als Verteiler der Einkommen sitzen am längeren Hebel und erkaufen sich durch öffentliche Spenden und soziale Leistungen ihre Legitimität.⁶⁰ Die gezielte Allokation der Öleinnahmen bringt die Zufriedenstellung der politisch wichtigeren Bevölkerungsgruppen, wie der städtischen Mittelschicht, hervor. Auch bilden sich regimestabili-

53 Basedau (2010), S. 90; Ross (2001), S. 336.

54 Als Beispiel seien hier eine wachsende Arbeitsteilung, eine höhere Bildung und die Bildung der Mittelschicht allgemein genannt. Basedau (2010), S. 90.

55 Heinrich/Pleines (2013), S. 87.

56 Basedau (2010), S. 90.

57 Vgl. Ross (2001); Yates (1996), S. 21.

58 Heinrich (2012), S. 18.

59 Basedau (2010), S. 90, Yates (1996), S. 35.

60 Basedau (2010), S. 90, Ross (2001), S. 333.

sierende Netzwerke durch die Attraktivität der Profite, wodurch sich durch ein Perspektivenversprechen die breiten Schichten der Gesellschaft einbinden lassen.⁶¹

Unter den Bedingungen einer hohen Arbeitslosenrate im Nichtenergiesektor und der Alimentierung der Gesellschaft (kostenlose medizinische Grundversorgung, kostenlose Bildung, Subventionierung der Lebensmittel) begünstigt die Rentierökonomie eine spezifische mentale Eigenschaft in der Bevölkerung, die die Kausalität zwischen Arbeit und Entlohnung verkennt. Die klientelistische Anbindung politikfähiger Kräfte, sowie die Versorgung der eigenen Klienten, werden aus den Öleinnahmen refinanziert.⁶² Aus der Logik, dass die Renten für den Staat und für die Regierenden aus den externen Quellen gewonnen werden und das ökonomische Gewinninteresse am eigenen Volk verloren geht, setzt die Macht auf eine repressive Machtstellung. Die Repressionen, die bis hin zur physischen Liquidierung der Opposition reichen, stellen ein weiteres Mittel zur Einschüchterung der Regimegegner dar, wobei die externen Erträge aus den Ölgeschäften eine zusätzliche Quelle für eine gut ausgebaute Sicherheitsstruktur (durch regelmäßige Gehaltserhöhungen für die Beamten der Polizei und anderer Sicherheitsorgane) bieten.⁶³

2.2.1 Aserbaidsschan als Rentierstaat

Die Annahme der Inkompatibilität der Demokratie mit einem Rentierstaat lässt sich in Aserbaidsschan durch die politische Realität des Landes bestätigen. Im Inneren des Landes, aber auch in der Außenpolitik Aserbaidsschans, spielen die Energieresourcen eine regimestützende Rolle.

Es wurde ermittelt, dass durch die rentierwirtschaftliche Staatstätigkeit die demokratische Legitimation der politischen Prozesse unter einer Bedeutungslosigkeit litt, da die Konsumverheißungen die Erwartungen gegenüber der Politik beherrschten.⁶⁴ Warnend wies Rasizade im Jahr 2003 auf das weit verbreitete Desinteresse gegenüber der Politik in der aserbaidsschanischen Gesellschaft hin, was in den späteren Präferenzen der Menschen für die politische und wirtschaftliche Stabilität eine Bestätigung fand. Die politische Indifferenz war schon damals vor mehr als zehn Jahren hoch, sodass ein Politikwechsel für die Bürger keinen großen Unterschied gemacht hätte.⁶⁵ Hinter der Programmatik der demokratischen Opposition glaubten

61 Heinrich/Pleines (2013), S. 100.

62 Vgl. Morrisson (2009)

63 Basedau (2010), S. 90; Ross (2001), S. 349.

64 Bayulgen (2010), S. 110-111. In Aserbaidsschan wurde dies an der demotivierten Herangehensweise des Regimes in Fragen der Besteuerung der Elektrizität nachgewiesen.

65 Rasizade (2002), S. 132. Oil and Weak States Don't Mix: A Revision of the Oil Democracy Dichotomy in Azerbaijan, *The Journal of Ethics and Globalization*, 20.03.2005

die Menschen ähnliche, habstüchtige Absichten zu sehen, wie sie es ohnehin von den Machthabern gewohnt waren.⁶⁶

Franke et al. schreiben dem aserbaidischen Staat einen spezifisch postsowjetischen *Rentierismus* zu.⁶⁷ Dabei sehen sie große Defizite in der Regulierung der ökonomischen Strukturen durch den Zufluss aus den Öleinnahmen, denn die daraus erwachsene „Rentiermentalität“ stärkt die Neigung zu kurzfristigen Profiten.⁶⁸ Der Negativeffekt des Rentierstaats drückt sich in zwei Formen aus: Erstens, indem die eigenen Produktionsfaktoren (qualifizierte Arbeiter und Wirtschaftsbranchen außerhalb der Ölsektors) gering entwickelt werden und zweitens, in der Unfähigkeit des Staates diese ungleichen Tendenzen in der Wirtschaft auszugleichen.⁶⁹ Vor allem ist für das Regime die Abneigung kennzeichnend, das Niveau der öffentlichen Dienstleistungen zu steigern, da die Bildung und die Gesundheitsversorgung im Laufe der Zeit verhältnismäßig weniger Budgetgeld zugewiesen bekommen.⁷⁰ Außerdem bildete sich in Aserbaidschan eine Art der Sorglosigkeit angesichts der Fülle der leistungslosen Staatseinnahmen aus, wobei die Gründung des staatlichen Ölfonds – eigentlich mit dem Ziel die stabile Basis zur Ausgabe der Einkommen zu schaffen – dafür ausgenutzt wird, um die Inflation einzudämmen und das sozial-ökonomische Ungleichgewicht nicht bis auf ein stabilitätsgefährdendes Niveau herabsinken zu lassen.⁷¹ Wie die Öleinkünfte Aserbaidschans im internationalen Zusammenhang die Positionen des Regimes stärkten, stellte Bayulgen fest, indem sie aufzeigte, dass die internationalen Investoren, die an der Erdölerschließung teilnehmen, die repressive Regierungspolitik tolerier(t)en und den dynastischen Regimeübergang angesichts der Sicherung ihrer Investitionen unterstützen.⁷² Und schließlich kann ein Rentierregime die möglichen Handlungsträger eines Wandels, den zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auch den privaten Geschäftsleuten, die Einkommenszüge verschließen, falls sie nicht in das Klientelsystem kooptiert werden wollen; auch hier bildet Aserbaidschan keine Ausnahme. Von Radnitz wurde aufgezeigt, dass die Konzentration der Ölvorkommen in einer Hand als Patronagequelle der

66 Rasizade (2003), S. 353.

67 Franke et al. (2009), S. 119.

68 Il'cham Šaban: Simptomy „gollandskoj bolezni“ uje ne na poroge ekonomiki Azerbajžana, a vnuti, v povsednevnoj žizni každygo graždyanina gosudarsva, i vse my čustvuem ich, *Day.az* 08.08.2007.

69 Ebenda, S. 128.

70 Bayulgen (2010), S. 111-112.

71 Franke et al. (2009), S. 129-130.

72 Bayulgen (2010), S. 107.

herrschenden Aliyev-Familie zur Machtergreifung verhalf, indem im entscheidenden Moment faktisch das Votum der restlichen Elite erkauft wurde.⁷³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die rentierstaatliche Perspektive der Forschung die makrostrukturelle Fehlentwicklung der staatlichen Strukturen Aserbaidschans nachzuweisen hilft. Dies unter der Beweisführung, dass aus den Öleinnahmen gespeistes *Rent-Seeking* die Kontrolle der autoritären Machthaber stärkt. Tatsächlich weisen in der Liste von *Freedom House* die vom Erdöl abhängigen Staaten negative Demokratiewerte auf.⁷⁴ Dennoch wäre es eine Fehlannahme den Autoritarismus auf einen einzigen Kausalzusammenhang, den vorhandenen Rohstoffreichtum, zu reduzieren, was eine Engführung der komplexen Natur der Faktoren impliziert. Somit können die Besonderheiten eines autoritären Regimes in seinen regulär üblichen Ausformungen nicht anschaulich gemacht werden. Die Rentierstaatstheorie beschreibt höchstens die kontextuellen Bedingungen, beschreibt, warum die Anreize für eine einseitige oder auch sektorale wirtschaftliche Entwicklungsdynamik bestehen.⁷⁵ Jedoch findet sich im „Ölreichtum“ Aserbaidschans allein kein naheliegender Beweis für die Etablierung und Konsolidierung eines autoritären Regimes, insbesondere unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass der Ölboom in Aserbaidshan nach 2004 ausbrach, also zu einem Zeitpunkt, als der Autoritarismus seine Konsolidierungsphase bereits erreicht hatte.⁷⁶

2.2.2 Kritik an der Rentierstaatsforschung

Neuerdings erlebt die Theoriedebatte um den Rentierstaat eine Relativierung ihrer Postulate und die Ausdifferenzierung der dem *rentier-state* zugrundeliegenden Kausalmechanismen. Schon ist man bei den Bezeichnungen „Ressourcenfluch“ und „Ressourcenabhängigkeit“ nicht mehr einhelliger Meinung.⁷⁷ Mit der Revitalisierung der Forschungsperspektive will man vermeiden, dass der Ressourcenfluch, wie bisher angenommen, als ein unvermeidliches Verhängnis gedeutet wird. Somit richtet sich der Blick auf die politische und verwaltungsspezifische Dimension des Ressourcenmanagements, die wegen der überwiegenden Beschäftigung mit makroöko-

73 Radnitz (2012), S. 72.

74 Basedau (2010), S. 93-94.

75 Schieck (2014), S. 21-22.

76 Babajew (2010), S. 256.

77 Meissner (2013a), S. 27. Formuliert unter Titeln wie Ressourcenfluch oder Ressourcen-
segen mit Fragezeichen, sind die Argumente derjenigen zu lesen, die im Einklang mit der
Regimerhetorik die stärkende außenpolitische Präsenz des Landes oder den Infrastrukturaufbau von Baku unter enormem Geldaufwand als erfolgreiches Resultat des Managements von Staatseinnahmen präsentieren wollen.

nomischen und sozioökonomischen Effekten des Ressourcenbooms bisher unterbeleuchtet war.⁷⁸

Die Annahmen der bisherigen Rentierstaatstheorie wurden vorwiegend via *Large-N* Analysen gewonnen, die aus den Korrelationen von mehreren Länderbeispielen ihre Ergebnisse ableiten.⁷⁹ Die Analysen, die die Kontextbedingtheit der untersuchten Variablen und abweichender Fälle begründen, schlussfolgern, dass unter den ölfördernden Staaten auch Ausnahmen zu finden sind, deren Entwicklung zum Autoritarismus, neben ressourcenbegründeten, auch einen regionalspezifischen Charakter aufweisen.⁸⁰ Die Annahmen hinsichtlich der Abhängigkeit der politischen Stabilität von Ölpreisschwankungen auf dem Weltmarkt lassen nicht unbedingt darauf schließen, dass, wenn die Öleinnahmen sanken, dies unbedingt zu einem Regimewechsel führt. Die durch Renteneinnahmen errungene Depolitisierung der Gesellschaft bedeutet implizit keinen Ausschluss von revolutionären Unruhen.⁸¹ Auch das Argument der Alimentierung der Gesellschaft, um die Forderung nach Bürgerrechten zu umgehen, erscheint als nicht ausreichend, denn es können beispielsweise auch Empfänger der staatlichen Sozialleistungen, wie Studenten, als protestierender Teil der Bevölkerung auftreten.⁸² Götz hat in seiner empirischen Vergleichsanalyse der postsowjetischen Staaten gezeigt, dass ein Zusammenhang zwischen den Symptomen der Korruption und des Autoritarismus exklusiv in den ressourcenreichen Staaten des postsowjetischen Raums nicht hergestellt werden kann. Vielmehr sinken die Hoffnungen hinsichtlich der Reformierung in diesen Gesellschaften, denn auch nach der Verringerung der Ressourceneinnahmen ist kein inhaltlicher Wandel in Richtung zur Demokratisierung zu bemerken.⁸³

Wie Basedau anführt, sind die aus den rentierstaatlichen Postulaten herrührenden Kausalzusammenhänge, als einzelne, für sich genommen, widersprüchlich.⁸⁴ In diesem Zusammenhang spricht das Plädoyer für die Kontextanalyse, da es nicht ausreicht den Faktor des „Ressourcenfluch“ nur an einen einzigen Faktor anzuknüpfen.⁸⁵ Vielmehr geschieht der sogenannte „Ressourcenfluch“ als Resultat mehrerer Kausalzusammenhänge, wie der Ausgangskonstellation des staatlichen Aufbaus, der Prozessbedingungen der spezifischen Fälle, sowie infolge der Handlungen der Akteure, die allesamt eine nachhaltige Schädigung staatlicher Funktionen zur Folge

78 Heinrich (2012), S. 2.

79 Basedau (2010), S. 93-94.

80 Ebenda, S. 97.

81 Beck (2006) S. 15.

82 Basedau (2010), S. 91.

83 Götz (2011), S. 23.

84 Basedau (2010), S. 91.

85 Meissner (2013a), S. 47 ff.

haben.⁸⁶ Auch unter Bedingungen des Ressourcenreichtums folgt keine übernatürliche Logik, die besagt, dass man die Entscheidungen der Machthaber alternativlos und nur im Dienste ihrer Gewinninteressen interpretieren würde.⁸⁷ Die fehlenden bzw. schwachen „sozio-ökonomische Linkages“ können Ursache für die Entwicklungshemmung sein, denn die schwache Verflechtung der Wirtschaftszweige miteinander unterminieren den diversifizierenden Effekt der Wachstumsförderung.⁸⁸ Die Konstellation der Akteure, der Ausgangszeitraum und die Ausgangsbasis der Institutionen treten somit beim Umgang mit den Öleinnahmen in den Vordergrund, wobei sich in der Anfangsphase der sich noch etablierenden staatlichen Institutionen das Handeln der Akteure auf die persönliche Absicherung der ökonomischen Vorteilnahme richtet.⁸⁹

Die Zeitlichkeit der Rentierstaatseffekte fällt ins Gewicht, in deren Rahmen die Elitenneubesetzung, gemischte Formen des Politikbetriebs der autoritären Herrschaften, insbesondere das Lernen aus den bisherigen Krisen der Rentierökonomie kurzfristige Erfolge erzielen helfen. Die Lehre aus den negativen ausländischen Beispielen des Ressourcenfluchs wurde in Aserbaidschan ebenfalls gezogen und somit leistete es dem autoritären Regime Hilfe, mittels der Akkumulation der fiskalen Ressourcen das Übel der schadenden Öleffekte zu überdauern.⁹⁰ Dabei wurden aber keineswegs die institutionellen Kapazitäten und der bürokratische Professionalismus des Staates gesteigert, sondern ein so genannter Bereich der Transparenz um den Aserbaidschanischen Staatlichen Ölfund geschaffen, der die makroökonomische Stabilität zu garantieren verhalf.⁹¹

Aufgrund neuer Analysen lässt sich unter Beweis stellen, dass die selektiven makroökonomischen Stabilitätsresultate vielmehr strategisches Kalkül der autoritären Regime sind. Statt den Ölreichtum als primäre Ursache der negativen Resultate in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der ölreichen Staaten zu sehen, setzt Heinrich die Entscheidungen und die Auswahlstrategien der Machthaber als Bewertungsmaßstab an.⁹² Dabei erübrigt sich die Wortverwendung Ressourcenfluch, im Gegenteil, es ist die Rede von den Herausforderungen (*resource challenges*).⁹³ Vielmehr ist der Ressourcenreichtum ein Resultat der *policy choices*, die die

86 Ebenda, S. 324.

87 Ebenda.

88 Meissner (2013b), S. 10.

89 Meissner (2013a), S. 297 ff.; Meissner (2013b), S. 11.

90 Guliyev (2013), S. 137.

91 Ebenda, S. 147.

92 Heinrich (2012), S. 6.

93 Ebenda, S. 2.

Entwicklung der staatlichen Strukturen verfolgend bestimmen. Die Entwicklungsergebnisse sind für die jeweiligen Eliten nur noch Proklamationen.⁹⁴

Abschließend wäre hier zu bemerken, dass, konträr zur Ressourcenfluch-Analyse, der Fokus in der vorliegenden Arbeit auf die sich bereits vor der Wende des großen Finanzüberflusses in Aserbaidschan erwiesene Befangenheit des Staates, auf das korrupte Management der Staatsfinanzen gerichtet werden wird. Die rentierstaatlich bedingte, staatszentrierte Ressourcenallokation entstammt dem informalen Ökonomisieren, was in der Monopolisierung der Wirtschaft und der Einschränkung der Marktzugänge mündet. Somit gestaltet sich auch das Wirtschaftssystem auf Basis der Ressourcenallokation. Der Staat manifestiert sich vor allem in der Rolle des Auftraggebers und des Outsourcingmanagers. Der von den Rentierstaatstheoretikern befürwortete Ansatz wird dadurch umgekehrt, indem die Ursachen der Rentierstaatlichkeit bzw. des Ressourcenfluchs aus der Herrschaftsweise abgeleitet werden. In diesem Sinne ist das Ziel der Arbeit unter anderem, den Gebrauch von und die Umgangsweisen mit Ressourcenerträgen aufzuzeigen.

2.3 DIE NEOPATRIMONIALISMUS-DEBATTE

Die Frage nach der Herrschaft im postsowjetischen Raum steht im Mittelpunkt der Neopatrimonialismus-Debatte. Als heuristisches Konzept wurde der Neopatrimonialismus für Regimeanalysen in den postsowjetischen Schwellenländern appliziert, vor allem um die Demokratiedefizite, die Krise des Staates und die Anpassungsfähigkeit des Autoritarismus dort zu erarbeiten.⁹⁵ In diesem Abschnitt wird die Theorie des Neopatrimonialismus in deren Begründung der stabilisierenden Herrschaftsverhältnisse aufgezeigt. Es wird dann die Erklärungskraft der Neopatrimonialismustheorie für die Herrschaft allgemein und für Aserbaidschan im Besonderen geprüft. Exemplarisch werden einige der zahlreichen empirisch-fundierten Analysen präsentiert.

Roth brachte in seiner Analyse von 1968 das Konzept des Neopatrimonialismus zurück in die Analyse der Herrschaftsformen in den Entwicklungsländern. Dieser kam zu einem Zeitpunkt, als die Modernisierung und die Dependenztheorien den Blick von den inhärenten Faktoren der Herrschaft in den post-kolonialen Staaten abwendeten und die Reaktionen auf externe Einflüsse auf die Staaten, die sich auf dem Transformationsweg befanden, als wichtig hervortraten.⁹⁶ Die Reflektionen über den Neopatrimonialismus basieren auf Webers Herrschaftssoziologie. In We-

94 Ebenda, S. 17.

95 Vgl. Hale (2005); Fisun (2004).

96 Vgl. Roth (1968); Schieck (2014), S. 23-24.

bers Theorie der Herrschaft wird der Patrimonialismus als eine Form der traditionellen Herrschaft identifiziert, die sich aus dem patriarchalen Familienhaushalt eines Herren entfaltet. Einerseits unterliegt sie der Ordnung der Tradition, andererseits liegt ihr die Willkür der Herren zugrunde.⁹⁷ In das Konzept der patrimonialen Herrschaft als weitere Typenbildung der patriarchalen Herrschaft fließt der Erhalt des Verwaltungsstabes neben der Willkür des patrimonialen Herrschers ein. Dabei ist der Verwaltungsstab durch persönliche Loyalitätsbeziehungen dem Herrscher untergeordnet.

Das Präfix „neo“ ist Eisenstadt zu verdanken, der damit die ambivalente Unterscheidung zwischen *modern* und *post-traditionellen* Regimen abschaffen wollte.⁹⁸ Somit gehört der Neopatrimonialismus zu den Konzeptualisierungsversuchen der „nicht traditionellen Herrschaften“, verliert dabei aber nicht den Rekurs auf die modernen bürokratischen Systeme und Herrschaftsprozesse.⁹⁹ Der Neopatrimonialismus-Ansatz postuliert, dass im Unterschied zur „patrimonialen Herrschaft der feudalen Gesellschaft“, in der die Herrschaftsweise allein durch persönliche Beziehungen erfolgte, dem neopatrimonialen System zu eigen ist, nach außen hin eine Kopie des modernen Systems der Gesetze, Regeln und Institutionen zu bieten, deren Beachtung aber vom Herrscher bzw. den Herrschenden willkürlich unterlassen wird.¹⁰⁰

Zu den frühen Regimeanalysen, die den Neopatrimonialismus als Erklärungsansatz zugrunde legten, gehört Snyders Vergleichsanalyse. Er definiert neopatrimoniale Regime durch den Erhalt der staatlichen Herrschaft mithilfe der Aktivierung extensiver Netzwerk und politischer Patronage, wobei die Ideologie und die förmlichen Gesetze ad absurdum geführt werden.¹⁰¹ Vor allem geht aus seiner These hervor, dass die Voraussetzung für den langen Bestand neopatrimonialer Regime in der Kooptation der potentiellen oppositionellen Elite begründet liegt.¹⁰² Im Falle des

97 Laut Roth ist dieser Traditionsglaube ausgestorben, aber in einigen Gesellschaften konstituiert er noch immer den Operationsmodus einer Verwaltung. Roth (1968), S. 195. Weber generalisierte unter der Tradition die Geltung des Immergewesenen, die situativen Bedingungen des Entstehens und das praktisch anerkannte Willkürhandeln. Weber (1980), S. 19.

98 Durch die Einführung des Neologismus „neopatrimonial“ wurden die politischen Systeme in den Forschungsblick gerückt, die nicht zu den traditionellen, sondern viel mehr zu den davon emanzipierten Herrschaftssystemen gehörten. Eisenstadt (1973), S. 11; Bach (2012), S. 25.

99 Ebenda.

100 Thiel (2001), S. 283.

101 Snyder (1992), S. 379.

102 Ebenda, S. 380. Folgerichtig sind solche Regime schwach institutionalisierte politische Gebilde, was gerade in Umbruchszeiten seine Bestätigung findet.

Mobutus Regime in Zair zeigte er auf, dass das dortige neopatrimoniale Regime seine langjährige Beständigkeit erlangte, weil es konsequent die moderate und revolutionäre Opposition, das Militär und ausländischen Interessenten auf seine Seite zu bringen wusste.¹⁰³ Eine ähnliche Annäherung an dieses Konzept ist die persönliche Herrschaft (*personal rule*), wobei der individuelle Machthaber seiner Macht und Entscheidungsfähigkeit keine Einschränkungen zukommen lässt. Damit bezeichnet die persönliche Herrschaft die Nichtexistenz der institutionellen Politik. Die Bürokratie, die als Institution das Verhalten der politischen Akteure bändigen sollte, tritt hier nur als ein Instrument der Herrschaft auf. Die Herrschaft über die patrimoniale Administration und die Nutzung der Patron-Klient-Netzwerke als Mechanismus der Machtausübung lassen einen charakteristisch auf die Persönlichkeit bezogenen Einfluss in der Politik vorrangig werden.¹⁰⁴

2.3.1 Analyseebenen des Neopatrimonialismus

In der Neopatrimonialismusforschung wurden vor allem zwei Aspekte aufgegriffen: während die einen den breiten, gesellschaftsumfassenden Effekt des Neopatrimonialismus betonen, der sich in den sozialen Handlungen und Normen durch Routine verbreitet hat, legen die anderen den Fokus auf die Verhältnisse, die vor allem in der Bürokratie ihre Auswirkungen zeigen und somit die Perspektive der Elite vertritt. Der Neopatrimonialismus tritt wie *catch-all* Konzept hervor, als wäre es für alle vorliegenden Fälle in den Entwicklungsländern eine Erklärung.¹⁰⁵ So wurden die Versuche evident, die Definition des Neopatrimonialismus präziser zu erfassen und die Ausdehnung ihres Erklärungsrahmens zu vermeiden. Dadurch legt man den Neopatrimonialismus als eine Form der Herrschaft aus, die den legal bürokratischen Apparat umfasst und permanent von den öffentlichen und privaten Kontexten des sozialen Austauschs profitiert.¹⁰⁶

Draude erkennt darin die Verflechtung zweier Debatten, indem bei der klassischen Debatte vor allem auf den Klientelismus und bei der neueren Debatte auf die neopatrimonialen Herrschaftstechniken eingegangen wird.¹⁰⁷ Da sich die Debatten zur Korruption, zum Rentierstaat und zum Neopatrimonialismus etwa zeitgleich entwickelten, wurde unter Neopatrimonialismus nicht nur die Herrschaftsweise thematisiert, sondern der Begriff wurde zu einem allumfassenden und übergreifenden Oberbegriff. Das Phänomen wohnt in diesem Sinne dem sozialen Handeln in

103 Ebenda, S. 392-393.

104 Jackson/Rosberg (1984), S. 8; Guliyev (2011), S. 585.

105 Erdmann/Engel (2007), S. 105.

106 Ebenda.

107 Draude (2012), S. 55.

der Gesellschaft und dem ökonomischen System, ebenso dem Staatsapparat inne.¹⁰⁸ Medard setzt beispielsweise die Korruption („Neo-Patrimonial Corruption“) in den neopatrimonialen Kontext.¹⁰⁹ Für die Theoriekonzepte, die mit einer generellen Gesamtschau auf die Prozesse zu arbeiten gewohnt sind, sind die Parallelen zwischen Korruption, Klientelismus und Neopatrimonialismus offensichtlich.¹¹⁰

Der Klassiker Theobald geht von einer breiten Wirkung des Neopatrimonialismus aus, worin die bürokratische Ordnung im Prozess der Herrschaftsausübung durch die *Klientelismus*-Verzerrungen unterminiert und zweckentfremdet wird.¹¹¹ Clapham behauptet, dass der Neopatrimonialismus einer der prägnantesten Herrschaftstypen in der Dritten Welt ist, weil er den sozialen Organisationsformen der dortigen Bevölkerung entspricht.¹¹² In Roths Definition kommen „materielle Anreize und Belohnung“ als herrschaftsstützende Elemente hinzu, die die Loyalität zur bestehenden Ordnung herstellen.¹¹³ Diese Sinndeutung ist in der Politikwissenschaft längst als Klientelismus begriffen worden. Klientelismus definiert die asymmetrischen, gegenseitig vorteilhaften, zeitlich und zahlenmäßig unbegrenzten (open-ended) Austauschverhältnisse, wobei sich die Grundlage für diesen Austausch aus der differenzierten Kontrolle über die Zugänge zu den Ressourcen geschaffen wird. Bei Patron-Klient-Beziehungen werden die Freiwilligkeit, die Nicht-Konditionalität und die langfristige Glaubwürdigkeit zwischen den Austauschpolen vorausgesetzt.¹¹⁴

108 Medard (2002), S. 382.

109 Ebenda, S. 380; Blundo/de Sardan (2006), S. 21.

110 Korruption und Rent-Seeking beleuchten die ökonomischen Aspekte der neopatrimonialen Herrschaftsweise und die unmittelbaren Ergebnisse davon.

111 Theobald (1982), S. 550.

112 Clapham (1982), S. 63.

113 Roth (1968), S. 196.

114 In den Patron-Klient-Beziehungen (PCR) bestehen uneingeschränkte Ansprüche beiderseits, wobei diese eine Beziehung zwischen Individuen und nicht zwischen Positionen darstellen, die Arbeitsteilung und Marktbeziehungen ausschließen. Die PCR beinhalten einen Widerspruch, so dass unter asymmetrischen, ungleichen Beziehungen dennoch Solidarität zwischen unterschiedlichen Parteien möglich ist. Sie zeichnen sich nicht durch ein askriptives Kriterium aus, wie es in familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen der Fall ist. Die Kontrolle des Patrons über seinen Klienten ist nicht vollständig legitimiert. Die Klienten müssen in dieser Beziehung die Rolle des Patrons als Verteiler der öffentlichen Güter akzeptieren und so auch seine Kontrolle. Der Patron aber verzichtet seinerseits willkürlich auf kurzfristige materielle Gewinne, unter dem Vorbehalt, dass er die Grundregeln der sozialen Beziehung eigenhändig bestimmen

Mit der Erweiterung des Neopatrimonialismuskonzepts auf den Klientelismus wird eine Ebene aufgemacht, auf der der soziale Austausch eine Dimension von modellhaften, starren, kohärenten Beziehungen einnimmt, wobei zugleich der Ausgangspunkt der Beziehungen vom materiellen Anreiz her bestimmt wird. Wenn auch im aserbaidschanischen Fall zutreffend, erklärt die klientelistische Logik nicht die Momente der Herrschaftsausübung, in welcher materielle Anreize keine oder eine kleine Rolle spielen und in welchen es um komplexe und nicht dauerhafte Netzwerke und Austauschbeziehungen geht. Klientelismus kann als verbindliches Element in solchen Beziehungsformen auftreten, aber es soll nicht ausgeschlossen werden, dass solchen Beziehungsgeflechten eine nicht-klientelistische Logik zugrunde liegt, die eine fehlende Reziprozitätsbindung enthalten können. Es bestehen in diesen Beziehungsrahmen Konkurrenzverhältnisse zwischen Machtzentren, wie es in der vorliegenden Arbeit in mehreren Fällen zu zeigen sein wird.

2.3.2 Neopatrimonialismus als Herrschaftstechnik

Als *Herrschaftstechnik* wird der Neopatrimonialismus in der modernen akademischen Wahrnehmung als eine politische Handlung zwischen privaten bzw. persönlichen und öffentlichen Sphären aufgegriffen, im weiteren Sinne wird er als „Idealtyp“ der herrschaftspolitischen Differenzierungsstrategie zwischen formaler und informaler Praxis angenommen.¹¹⁵ Das Neopatrimonialismuskonzept fungiert damit als Regimetheorie, wobei die Verknüpfung von Formalem und Informalem eine attraktive Forschungsperspektive bereithielt.¹¹⁶ In der Regimeanalyse veranschaulicht sich die effektive Bedienung der Herrschaftstechniken zur Stabilität der Regime. Ilhamov unterstreicht am Beispiel von Karimovs Usbekistan, dass das neopatrimoniale Handeln den Abstand zwischen Öffentlichem und Privatem verschwimmen lässt und das administrative Handeln unter dem Einfluss der informalen Institutionen oft „zufallsbedingt oder situationsbedingt“ vonstattengeht.¹¹⁷ Der Neopatrimonialismus führt vor, wie die Steuerung der Widersprüche in der Herrschaftslogik als politisches Mittel instrumentalisiert wird. Ein wichtiger Aspekt der neopatrimonialen Herrschaft ist dabei – worin auch bisher die Funktionsfähigkeit der neopatrimonialen Herrschaft aufgegriffen wurde – die *institutionalisierte Unsicherheit*.¹¹⁸ So liegt es der Funktionalität einer neopatrimonialen Herrschaft zugrunde, eine perma-

kann. Die immerwährende Konkurrenz zwischen den Patronen zwingt sie ihre Klientel zu stärken und sich darauf zu stützen. Roniger (1994), S. 4-5; Hertog (2010), S. 21.

115 Vgl. Erdmann (2002).

116 Draude (2012), S. 77.

117 Ilkhamov (2007), S. 67.

118 Babajew (2010), S. 28.

nente Unberechenbarkeit und Erwartungsunsicherheit zu erzeugen, wobei sich der Interessenkampf um die Bewerkstelligung der Sicherheit und Berechenbarkeit der Herrschaftsverhältnisse als konstitutiv herausstellt.¹¹⁹ Aufgrund dessen stützen sich die alltäglichen Strategien der Akteure auf die klientelistischen Beziehungen, um ihre Risiken kalkulierbar zu machen.¹²⁰ Die Unsicherheit in solchen Verhältnissen ist der Anker für die besondere Effektivität der neopatrimonialen Herrschaft, wobei die fluiden Verhältnisse Ängstlichkeit und Strafmaßnahmen hervorbringen. Dies versetzt die herrschende Elite in die Lage, die so gestaltete hierarchische Ordnung mithilfe unsicherer Verbindungen aufrechtzuerhalten. Ein wirksames Mittel in der neopatrimonialen Herrschaft, die ihre Stabilität erzeugt, ist diese Konfliktachse zu perpetuieren, wobei die Grenzen zwischen Insider und Outsider bewusst verschwommen bleiben.¹²¹ Die Stabilität einer neopatrimonialen Herrschaft entspringt der Variabilität zwischen den zwei vorliegenden Herrschaftslogiken, also der patrimonialen und der legal-rationalen, die sich als Herrschaftslogik *sui generis* etabliert; ganz im Gegenteil zu der allgemein akzeptierten Logik des Staates, die „Räume der Vorhersehbarkeit“ zu schaffen und die sozialen Komplexitäten zu durchbrechen.¹²² Die Nützlichkeit für die Machthaber liegt in der Quasiinstitutionalisierung der „Erwartungsunsicherheit“, die ihnen die „Möglichkeitsräume“ zur Machtausübung verschaffen.¹²³

2.3.3 Kritische Anknüpfungen an das Neopatrimonialismus-Konzept

Einer der wesentlichen Mängel des Konzepts bleibt die Problematik der prekären Legitimation, also, dass das Erkennungsmerkmal einer patrimonialen Herrschaft als das Fehlen des Legitimitätsglaubens konzipiert worden ist. Unter dem Schlagwort „Instabilitätsannahme“ werden der neopatrimonialen Herrschaft eine „defizitäre Legitimität“ und eine „chronische Instabilität“ zugewiesen und die Instabilität damit als ihr Bestandteil angesehen.¹²⁴ Die Kritik adressiert sich an die nicht korrekte Interpretation von Webers patrimonialer Herrschaft, die nicht nur die persönliche Dimension der Machtbeziehungen enthalten sollte, sondern auch die Beziehungen des reziproken Charakters und die willkürliche Folgebereitschaft der Beherrschten,

119 Erdmann (2002) S. 331.

120 Ebenda, S. 333-334.

121 Van de Walle (1994), S. 464.

122 Timm (2010), S. 104.

123 Draude (2012), S. 69.

124 Ebenda.

wobei sich die Fügsamkeit gegenüber der Herrschaft aus der gegenseitigen sozialen Verpflichtungen herleitet.¹²⁵

Um ein tieferes Verständnis der neopatrimonialen Autokratien zu gewinnen, ruft Isaacs zur Bedachtsamkeit. Vor allem weist er darauf hin, dass nicht berücksichtigt wurde, dass sich die formalen Institutionen trotz der starken Informalisierung dennoch als Legitimitätsfaktoren wichtig bleiben.¹²⁶ In der Kritik wird auch von den Analyseansätzen gesprochen, die das Dynamische im Verhältnis zwischen dem Formalen und dem Informalen verkennen, stattdessen aber meist zur Vereinfachung der informal-formalen Dichotomie neigen. Den Theorien zum Neopatrimonialismus liegt eine Normativität zugrunde, die besagt, dass die neopatrimonialen Staaten auf dem Wege zur Demokratisierung und zur Modernisierung seien und sie selbst den prämodernen (klientelistisch, patrimonial) und antidemokratischen Modellen gleichgesetzt werden können.¹²⁷ Vor allem demokratiegefährdend wird in den neopatrimonialen Herrschaftsstrukturen die Verhinderung des Pluralismus und der partizipativen Politik angesehen. So ist nicht klar definierbar, ob die Herrschaft aufgrund formal legal-rationaler Verhältnisse oder auf der Basis von informal-patrimonialen Mechanismen ausgebildet wird.¹²⁸ Dem Konzept wird unterstellt, meist die simplifizierte Dichotomisierung des Formalen und Informalen als Ansatz zu verwenden, die aber in empirischen Fällen stets unentwirrbar miteinander verflochten sind, so dass der Anfang des einen vom Ende des anderen nicht klar getrennt werden kann.¹²⁹ Dabei plädiert Isaacs für die Einbeziehung des Beziehungsgeflechts zwischen den Herrschenden und Beherrschten und sieht darin die breiteren Möglichkeiten zur Untersuchung:

„If we are able to observe or explain the extent to which such discursive practices resonate or shape belief in the legitimacy of the region’s leaders, and their domination underpinned by both formal and informal logics, then we have the opportunity to address issues of social change, and eventual processes of political development.“¹³⁰

125 Pitcher et al. (2009), S. 127.

126 Isaacs (2014), S. 234.

127 Ebenda, S. 233 und 236.

128 Therkildsen (2005), S. 49.

129 Isaacs (2014), S. 235. Isaacs zeigt dies am Beispiel der personalen Herrschaftspartei „Nurotan“ in Kasachstan auf, indem informal eine Partei gegründet wurde, die informellen Verhältnisse zu formalisieren.

130 Ebenda, S. 239.

Bei der Anwendung des Konzepts wird von einer universalen Struktur in allen Staaten der Welt ausgegangen und die empirischen Studien lediglich zur Verifikation der theoretischen Annahmen genutzt, was in der vorliegenden Arbeit zu vermeiden versucht wird. Das Konzept des Neopatrimonialismus soll in seinem Erklärungspotential ausgedehnt werden, wobei es einer Analyse bedarf, die den Fokus des Akteurs mit einbezieht.

